

Flyer Nr. 10/2023 – 11. Oktober 2023

Forderung Tarif- und Besoldungsrunde Länder 2023

Berlin. Die Auswirkungen der Inflation wirken weiterhin stark auf die am 26. Oktober beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (öD) in den Ländern. Die öD-Gewerkschaften zeigen sich entschlossen, deutlich erkennbare Verbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen.

Folgende Forderungen wurden beschlossen:

- **Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich erhöht werden.**
- **Die Entgelte der Auszubildenden und Praktikantinnen/Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden. Ebenfalls gefordert wird die unbefristete Übernahme in Vollzeit direkt nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.**
- **Laufzeit 12 Monate**
- **zeit- und wirkungsgleiche Übernahme für die Beamtinnen/Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger**

„Die weiterhin hohen Verbraucherpreise müssen dringend ausgeglichen werden. Die Beschäftigten haben eine lange Durststrecke hinter sich“, betonte der GdP-Tarifchef und stellvertretende Bundesvorsitzende René Klemmer anlässlich der Pressekonferenz zur Bekanntgabe der gemeinsamen Tarifforderung von ver.di, GdP, GEW und der IG BAU am heutigen Mittwoch in Berlin.

Die Gewerkschaften wünschen sich ein Ende schwerfälliger und zäher Debatten, „die sich wie ein Kaugummi in die Länge ziehen“, sagte Klemmer. Stattdessen wünsche man sich mit der Arbeitgeberseite zügig in ernsthafte und konstruktive Gespräche mit dem neuen Verhandlungsführer der TdL, Dr. Andreas Dressel, einzusteigen. Auch auf den Ernstfall sei man vorbereitet, sagte der Tarifchef: „Die Beschäftigten sind motiviert, für ihre berechtigten Forderungen auf die Straße zu gehen, wenn die Arbeitgeberseite blockiert.“

Nach dem Auftakt am 26. Oktober in Berlin finden am 2. und 3. November die zweite Verhandlungsrunde sowie am 7. und 8. Dezember die dritte Verhandlungsrunde in Potsdam statt.



René Klemmer (GdP), Frank Werneke, Christine Behle (ver.di) bei der Pressekonferenz am 11.10.2023